



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



HANS-DIETRICH GENSCHER

Der Bundesminister des Auswärtigen

VORTRAG AM ÜBERSEETAG, 7. MAI 1976



Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
es ist für den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Freude,
Ihrer Einladung zu folgen und heute vor Ihnen zu sprechen.

Der Übersee-Tag belegt auf das eindrucksvollste die Weltoffenheit der Stadt, die heute den Geburtstag ihres Hafens begeht. Weltoffenheit verstanden als die Bereitschaft und die Fähigkeit, die Welt und ihre Probleme, aber auch ihre Chancen so zu sehen, wie sie sind; auch in ihrer Verflechtung mit eigenen Sorgen und mit eigenen Möglichkeiten. Zur Weltoffenheit gehört schließlich die Fähigkeit und die Bereitschaft, sich diesen Fragen zu stellen – im klaren Bewußtsein der eigenen Interessen und in nüchterner Einschätzung der eigenen Kräfte. Weltoffenheit bedeutet Realitätssinn. Ohne ihn gibt es weder die politische Klugheit noch die moralische Entschiedenheit, die beide gleichermaßen unentbehrlich sind, soll eine Außenpolitik mit Erfolg geführt werden.

Ohne sie würden wir der Verantwortung nicht gerecht werden, die uns historische Erfahrung, die Probleme eines geteilten Landes, unsere geographische Lage im Herzen eines immer noch zerrissenen Europa, unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unser politisches Gewicht vor unserem eigenen Volke und vor anderen Völkern auferlegen. Ohne sie könnte sich unser Staat nicht in die internationale Rolle finden, die ihm diese Verantwortung zuschreibt. Sie wird nicht nur dadurch bestimmt, wie wir selbst uns sehen wollen, sondern auch dadurch, wie andere uns sehen.

Demgegenüber verstellt provinzielle Enge die Einsicht in das Notwendige und in das Mögliche, verhindert klares Augenmaß und ruhige Bestimmtheit bei der Wahrung der eigenen Interessen. Sie führt zu Ängstlichkeit und Schwäche, die in Selbstüberschätzung, ja Überheblichkeit umschlagen kann. Sie hat am allerwenigsten dort einen Platz, wo in einer Demokratie auch die Außenpolitik ein legitimes Thema der Öffentlichkeit, wenn nötig auch kontroversen Diskussion ist.

I.

Meine Damen und Herren, es sind zweihundert Jahre her, seitdem mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 die Grundlage der politischen Existenz der Vereinigten Staaten geschaffen worden ist. Der heutige Übersee-Tag steht im Zeichen dieses Jubiläums. Durch keine andere Thematik könnte er in diesem Jahr seinem Sinn besser gerecht werden.

Europäer neigen gelegentlich dazu, mit Stolz auf die zweieinhalb Jahrtausende lange Geschichte ihres Kontinents zurückzublicken und sie nicht ohne Hochmut gegen jene zwei Jahrhunderte auszuspielen. Das verkennt die Voraussetzungen der amerikanischen Geschichte. Sie sind wesentlich europäisch, wenn auch nicht unbedingt kontinentaleuropäisch. Die Unabhängigkeitserklärung selbst ist ein Dokument liberalen Staatsdenkens, sie ist von dem geprägt, was in einer bestimmten Entwicklungslinie der europäischen Philosophie über Staat und Individuum, über Freiheit und Glück gedacht und gesagt worden ist.

Die Loslösung der nordamerikanischen Kolonien vom britischen Mutterland ist so sehr Teil der europäischen Geschichte, wie sie Beginn einer eigenständigen amerikanischen Geschichte ist. Die Dauer einer Zeitspanne sagt nichts aus über die geschichtliche Leistung, die in ihr erbracht wird. In jenen zweihundert Jahren ist, ausgehend von der Atlantikküste, nicht nur ein Kontinent erschlossen und zur größten und innovationsfähigsten Wirtschaftsmacht der Welt geformt worden. In der gleichen Zeit wurde dieser Staat auch zum mächtigsten politischen und militärischen Faktor der Erde. Von den Vereinigten Staaten gehen heute entscheidende geistige Impulse aus, in den Wissenschaften wie in den Künsten.

Die größte Leistung ist jedoch der bleibende Erfolg des Wagnisses der freiheitlichen Demokratie. Nicht die Revolution von 1776 macht, für sich allein genommen, die Größe des historischen Ereignisses aus. Sie liegt vielmehr darin, daß ihre Prinzipien und ihre Errungenschaften, an erster Stelle die Verfassung von 1787, die amerikanische Verfassungswirklichkeit noch heute bestimmen. Diese Leistung wird nicht dadurch gemindert, daß äußere, insbesondere geographische Umstände dem Gelingen günstig waren. Diese Umstände wirken seit langem nur noch bedingt. In einer durch Interdependenz gekennzeichneten Welt hat sich auch die amerikanische Demokratie, wie jede andere, unter äußeren Einflüssen und Zwängen, aber auch angesichts der inneren Notwendigkeiten des sozialen Wandels und unter den Belastungen durch menschliche Unzulänglichkeiten zu bewähren. Es verdient Bewunderung, daß und wie ihr dies durch zwei Jahrhunderte immer wieder gelungen ist.

Wer – zuweilen nicht ohne jeden Grund – glaubt, eine Krise der amerikanischen Gesellschaft diagnostizieren zu müssen, sollte gerade auch in unserer Zeit aus der außerordentlichen Kraft der Selbsterneuerung und Selbstheilung, die dieser „lebenden Demokratie“ eigen ist, Zuversicht schöpfen. Ich bin sicher, daß diese Kraft es den Amerikanern auch in Zukunft möglich macht, soziale und politische Wandlungs- und Anpassungsprozesse innerhalb ihrer freiheitlich-demokratischen Kontinuität zu bewältigen. Kontinentaleuropa jedenfalls verfügt nicht über eine vergleichbare Kontinuität.

Dafür weist seine Geschichte zu viele gescheiterte Versuche auf, Freiheit und Demokratie durchzusetzen und zu erhalten. Um so mehr ist Europa aufgerufen, die demokratischen Ordnungen dort, wo sie heute vorhanden oder auf dem Wege der Verwirklichung sind, gegen innere und äußere Bedrohungen zu bewahren. Die Geschichte der Vereinigten Staaten beweist, daß freiheitliche Demokratie bestehen kann. Wir sollten ihr Beispiel als die amerikanische Herausforderung zur Behauptung unserer eigenen Freiheit begreifen.

Wenn wir ihr folgen wollen, müssen wir uns allerdings auch bewußt sein, daß die Behauptung unserer Freiheit ohne Amerika keine Aussicht hat. Sie ist nur möglich,

wenn wir unsere Anstrengungen mit denen der Vereinigten Staaten verbinden. Sehen wir dabei ganz klar: Die Gemeinsamkeit der Grundüberzeugungen von Europäern und Amerikanern gewährleistet nicht automatisch ihre Übereinstimmung über die Außenpolitik, die ihre Länder verfolgen sollten. Soll eine solche Übereinstimmung geschaffen und erhalten bleiben, bedarf es der ständigen Anstrengung aller Beteiligten.

Wir Europäer sollten uns dabei folgendes vor Augen halten: Es war nicht immer eine Selbstverständlichkeit, daß die Vereinigten Staaten sich politisch Europa zuwandten. Im Gegenteil: Dieses Land ist aus der politischen Abwendung von Europa entstanden, dessen Streitigkeiten und Herrschaftsformen es ein tiefes Mißtrauen entgegenbrachte.

George Washington beschwor am Ende seiner Amtszeit als erster Präsident der Vereinigten Staaten die junge Nation, sich um keinen Preis in fremder Leute Händel einzulassen. „Warum den festen Grund – so sagte er – in dem wir wurzeln, verlassen, um uns in fremdes Gebiet vorzuwagen? Warum sollten wir unser Schicksal mit einem Teil Europas verknüpfen und damit Frieden und Wohlfahrt unseres Landes in die Fallstricke europäischer Begierden, Rivalitäten, Interessen und Launen verwickeln?“ Millionen von Einwanderern vollzogen diese Abwendung während des 19. und auch noch im 20. Jahrhundert, als sie Europa den Rücken kehrten, oft genug kehren mußten.

Ein Weltkrieg genügte nicht, das amerikanische Volk davon zu überzeugen, wie sehr seine eigene Wohlfahrt und sein eigener Frieden auf eine gerechte und gute Ordnung in Europa angewiesen sind. Wenn das nach dem zweiten Weltkrieg ernsthaft nicht mehr bezweifelt wird, so beruht dies wesentlich auf einer nüchternen Einsicht in das eigene Interesse an Europa. Denn – so der amerikanische Außenminister Kissinger in San Francisco am 3. Februar – „Wir, die stärkste freie Nation, können uns nicht den Luxus leisten, uns in uns selbst zurückzuziehen, um unsere Wunden zu heilen. Zuviel hängt von uns ab: Frieden oder Krieg, Wohlstand oder Wirtschaftskrise, Freiheit oder Tyrannei.“

Diese Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, schließt aber die Erwartung ein, daß auch diejenigen, denen Amerika Beistand leistet, alles in ihren, sicher bescheideneren Kräften liegende tun, um der gemeinsamen Sache zu dienen. Amerikas Engagement in und für Europa verlangt Partnerschaft, soll es nicht nur auf machtpolitisches Kalkül reduziert sein.

Die Bundesrepublik Deutschland entzieht sich diesem Anspruch nicht Sie wird ihm im eigenen Interesse gerecht. Sie tut dies als europäisches Land in der Gemeinschaft der Europäer, in der ihr durch Tradition, Geographie, politische, wirtschaftliche und geistige Verflechtung bestimmter Platz ist. Und sie tut dies in der Überzeugung, daß die Pflege ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten eben diesem Europa zugute kommt, wie partnerschaftliche Beziehungen jedes europäischen Staates zu Amerika der Gesamtheit nützen.

Wir verbergen nicht, daß die Erfahrungen, die wir in den schwersten Jahren unserer Geschichte mit den Vereinigten Staaten machten, bei dieser unserer Haltung eine Rolle spielen. Ohne die Vereinigten Staaten von Amerika wäre die Bundesrepublik Deutschland nicht das geworden, was sie heute ist, nämlich eine gefestigte freie Demokratie und eine der wichtigsten Industriestaaten der Welt.

In dreifacher Weise leistete dieses Land, das eben noch unser Gegner im größten Krieg der Geschichte gewesen war, bei der Geburt unseres eigenen Staates unentbehrliche Hilfe: bei der Grundlegung des Staates selbst und seiner im Grundgesetz normierten Verfassungsordnung; beim wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen des Marshall-Plans; beim Schutz unserer Freiheit gegen kommunistische Bedrohung, für den die Berliner Luftbrücke bis heute ein unvergessenes Symbol ist.

Ohne diese Unterstützung wäre die eindrucksvolle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nicht möglich gewesen, hätte die harte Arbeit ihrer Menschen nicht zu den Leistungen geführt, auf die wir mit Genugtuung heute blicken dürfen. Ohne sie hätte unser Staat schließlich nicht die Fähigkeit zur Partnerschaft erwerben können, die ihn heute einen respektierten Platz in der Welt einnehmen läßt. Wenn wir in diesem Jahr den Vereinigten Staaten für den Weg in ihr drittes Jahrhundert Glück wünschen, so geschieht dies nicht ohne Dank an unsere Freunde jenseits des Atlantik.

Man sollte das Maß nicht unterschätzen, in dem trotz der tiefen Einschnitte der beiden Weltkriege die in zweihundert Jahren gewachsenen geschichtlichen und menschlichen Bindungen das deutsch-amerikanische Verhältnis gefördert haben. Jeder achte Amerikaner bekennt sich noch heute zu seiner deutschen Herkunft. Familiäre Beziehungen sind nach wie vor lebendig, persönliche Freundschaften haben Krisen überdauert und werden neu geschlossen. Geschäftsverbindungen und Tourismus nach beiden Richtungen haben ein Netz persönlicher Beziehungen geschaffen, das so eng wie nie zuvor ist. Nicht nur amerikanisches Kapital wird in Deutschland, sondern auch deutsches in den Vereinigten Staaten investiert; mehr noch, deutsche Firmen entschließen sich, künftig für den amerikanischen Markt in den USA selbst zu produzieren. Die auf solide gemeinsame Interessen und gemeinsame Ziele gegründete Partnerschaft zwischen beiden Ländern währt nun schon eine Generation und hat alle Aussicht, sich auch weiterhin als eine der wichtigsten Grundlagen unserer Politik zu erweisen. Ich stimme dem amerikanischen Außenminister gern in der Feststellung zu, daß der Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen niemals besser war als heute.

Die Unterschiede bleiben. Der wichtigste: Die Vereinigten Staaten sind Weltmacht und nuklear bewaffnet. Wir sind weder das eine noch das andere, noch wollen wir es sein. Die Bundesrepublik Deutschland versteht sich als ein europäisches Land, eingebunden in die Europäische Gemeinschaft, mit einem dadurch bestimmten Aufgabenfeld und mit begrenzten Mitteln.

II.

Es gab Zeiten, in denen die falsche Fragestellung diskutiert wurde, ob wir Deutschen uns zwischen atlantischer Partnerschaft und europäischer Solidarität entscheiden müßten. Die Bundesregierung hat sich stets und mit Erfolg geweigert, eine solche Alternative zu akzeptieren. Aus gutem Grund: Europäische Einigung und atlantisches Bündnis sind keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich gegenseitig, beide sind für uns unverzichtbar. Europa wird seine Aufgabe in der Welt von heute und morgen nur in europäischer Gemeinsamkeit und nur in Partnerschaft mit den USA lösen können. Die USA werden nur in einem starken, vereinten Westeuropa den zuverlässigen, eigenständigen und kraftvollen Partner finden, den sie brauchen.

Meine Damen und Herren, Fundament der europäisch-amerikanischen Partnerschaft sind das gemeinsame Bekenntnis zur freien Demokratie und das atlantische Bündnis, das zur Verteidigung der Freiheit seiner Mitglieder und damit auch der Freiheit ihrer Bürger geschaffen wurde. Beide waren und sind Ecksteine der Außenpolitik aller Bundesregierungen. Portugal und Griechenland haben in den letzten beiden Jahren den Weg zur demokratischen Verfassung zurückgefunden. Damit gewann das atlantische Bündnis entscheidend an demokratischer Glaubwürdigkeit. Wir haben beiden Ländern nach Kräften geholfen und werden das weiterhin tun.

Weil wir vom gemeinsamen Bekenntnis zur freiheitlichen Demokratie ausgehen, sehen wir in einer kommunistischen Beteiligung an den Regierungen von Partnerländern im Bündnis oder der Europäischen Gemeinschaft eine schwerwiegende Belastung. Es geht hier um das Selbstverständnis der Gemeinschaft demokratischer Staaten. Wir können die Gefahr nicht geringschätzen. Wir wissen aus bitterer Erfahrung, daß tiefes Mißtrauen gegenüber demokratischen Bekenntnissen aus kommunistischem Munde angebracht ist. Der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing hat ganz und gar recht, wenn er sagt: „Man erkennt also, daß es sich in Wahrheit um eine wahltaktische Maßnahme handelt.“

Der Herausforderung für die demokratischen Strukturen in Europa, meine Damen und Herren, sollten sich alle Demokraten stellen – hierzulande wie über die Grenzen hinweg. Wenn irgendwo, so ist hier europäische Solidarität am Platze.

Meine Damen und Herren, Freiheit fordert persönliches Engagement, und sie fordert notfalls auch Opfer. Das gilt für den Kampf gegen ihre Bedrohung von innen ebenso wie für ihren Schutz nach außen. Darum behält das atlantische Bündnis für uns hohe Priorität. Die politische Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik beruht auf der Sicherheit, die ihr das Atlantische Bündnis bietet. Seine Wirksamkeit zu erhalten und zu stärken, bleibt wesentlicher Bestandteil unserer Politik. Die Atlantische Alli-

anz ist nicht zuletzt der unentbehrliche Rückhalt unserer auf Verminderung von Spannungen gerichteten Politik gegenüber dem Osten.

Mit der Bundeswehr erbringen wir einen besonders gewichtigen Beitrag zur Stärkung der konventionellen Kampfkraft des Bündnisses. Wir tun dies in dem Bewußtsein, daß alle europäischen Bündnispartner ihren Anteil an der gemeinsamen Verteidigungsanstrengung zu leisten haben, wenn sie sicher sein wollen, daß auch die Vereinigten Staaten an ihrer unentbehrlichen militärischen Präsenz in Europa festhalten. Gerade in diesem Zusammenhang ist es bedeutungsvoll, daß sich das transatlantische Vertrauensverhältnis in letzter Zeit weiter vertieft hat. Dies um so mehr, als sich einerseits das Bündnis dem anhaltenden Ausbau des Militärpotentials des Warschauer Pakts gegenüberstellt, andererseits gibt es Partner, denen durch ihre wirtschaftliche Situation die Erfüllung ihrer Bündnispflichten erschwert ist.

Es besteht kein Zweifel, das militärische Potential des Warschauer Pakts – insbesondere der Sowjetunion – vor allem das in Mitteleuropa vorhandene oder auf Mitteleuropa ausgerichtete, übersteigt bei weitem den für die eigene Verteidigung erforderlichen Umfang. Angesichts dieser Anstrengungen der anderen Seite ist hier nicht nur die Frage nach den sich daraus ergebenden militärischen Möglichkeiten der anderen Seite, sondern auch nach den politischen Wirkungen einer solchen Anhäufung von Militärmacht zu stellen. Die Antwort können Europa und Amerika nur gemeinsam geben.

III.

Meine Damen und Herren, so unentbehrlich die europäische Einigung als Pfeiler der Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Freunden ist, sie trägt ihren Wert in sich selbst. Denn ihr Ziel ist ein Europa, das allen seinen Bürgern ein menschenwürdiges Dasein in Freiheit bietet. Dieses „Europa der Bürger“ muß mehr sein als wirtschaftliche Integration. Es soll natürlich dafür Sorge tragen, daß die wirtschaftlichen Grenzen innerhalb der Gemeinschaft fallen, damit unsere Volkswirtschaften leistungsfähiger werden. Es soll ebenso eine eigene Rolle in der Welt spielen – nicht im Sinne der Illusion von einer „Dritten Kraft“ zwischen den Weltmächten, wohl aber als Faktor der Stabilität und des Friedens und als Partner der Vereinigten Staaten. Es soll sich aber vor allem gründen auf den Respekt vor den Menschen- und Bürgerrechten, und es soll diese Rechte für jedermann verwirklichen.

Der tatsächliche Zustand der Europäischen Gemeinschaft läßt viele zweifeln, ob wir unsere Ziele erreichen können. In der Tat ist die Entwicklung nicht gerade ermutigend. Die Lage der Gemeinschaft war geprägt durch die schwerste wirtschaftliche Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Ölpreisexplosion, Inflation, Währungskrisen, soziale Konflikte, politische Instabilität in einigen Ländern und die Nord-Süd-Auseinandersetzung hatten die Gemeinschaft in bisher nicht gekanntem Maße inneren und äußeren Belastungen ausgesetzt, die ihren Zusammenhalt bedrohten und den Integrationsprozeß ins Stocken geraten ließen.

Wie sollte man auch in einer Situation, in der die Inflationsraten in der Gemeinschaft zwischen 6 % und 26 % schwankten und die Regierungen mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, zu einer gemeinsamen Stabilitätspolitik gelangen? Ende 1975 gab es 5 Millionen Arbeitslose in der Gemeinschaft! Oder wie konnte man in den europäischen Hauptstädten angesichts schwerer Einbrüche bei Produktion und Nachfrage, von Haushalts- und Zahlungsbilanzschwierigkeiten noch an den Abbau des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles zwischen den Mitgliedsstaaten und an den dazu erforderlichen Ressourcentransfer denken? Die unterschiedlichen Wirtschafts- und Konjunkturverläufe verstärkten in bedrohlicher Weise zentrifugale Tendenzen. Wachsende Disparitäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich hatten die europäischen Visionen aus dem politischen Alltag verdrängt. Für einen qualitativen Sprung nach vorn in Europa gab es mehr Probleme als je zuvor.

Es wäre in dieser Situation nicht verwunderlich gewesen, wenn die Zweifler recht behalten und die auseinanderstrebenden Kräfte in Europa die Oberhand behalten hätten. Die Mitgliedstaaten haben jedoch nicht im Alleingang auf die Krise reagiert, sondern sich gemeinsam bemüht, die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in erträglichen Grenzen zu halten. Das gilt auch für die jüngsten italienischen Maßnahmen zur Beschränkung der Einfuhr, so problematisch diese unter dem Ge-

sichtspunkt des freien Warenverkehrs auch sein mögen. Ausnahmesituationen aber können auch solch ungewöhnliche Maßnahmen wie die Bardepotpflicht unumgänglich machen, zu der die Kommission die italienische Regierung – wie Sie wissen – befristet ermächtigt hat. Flankierende Maßnahmen, insbesondere auch im Bereich der Geldpolitik, werden ergänzend ergriffen werden müssen. Es ist ermutigend, daß auch diese Probleme im vorgesehenen Gemeinschaftsverfahren angegangen worden sind und die Kommission durch rasches Handeln Sorge getragen hat, daß die italienischen Maßnahmen eine eng begrenzte Ausnahmeregelung bleiben. Damit hat sich auch in schwierigen Situationen die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaftsorgane erneut bewährt.

Dem entschlossenen Handeln der Gemeinschaft – an dem die Bundesregierung wesentlichen Anteil hatte – ist es bisher gelungen, Tendenzen zu massivem Einsatz protektionistischer Mittel innerhalb der Gemeinschaft einzudämmen und das Entstehen unüberwindlicher Gegensätze zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen der Mitgliedsstaaten zu verhindern. Das ist das Ergebnis, das nicht gering geschätzt werden sollte! Vergessen wir nicht, daß die Hälfte des Handels der EG-Staaten innerhalb der Gemeinschaft abgewickelt wird. Unsere Partner nehmen rund 45% unserer Exporte auf. Für ein außenhandelsorientiertes Land wie die Bundesrepublik bedeutet daher die Erhaltung des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft zugleich die Sicherung der Grundlagen unseres Wohlstandes! So wie wir die Augen nicht vor den krisenhaften Entwicklungen in der Gemeinschaft verschließen dürfen, sollten wir andererseits auch nicht – einem in Mode gekommenen Europa-Pessimismus folgend – die positiven Entwicklungen, die es gibt, verschweigen: Die Mitgliedschaft Großbritanniens ist im Referendum vom Juni 1975 eindrucksvoll bestätigt worden.

Der Beitrittsantrag Griechenlands zeigt, daß der Gedanke der europäischen Einigung auch in den europäischen Ländern, die noch außerhalb der Gemeinschaft stehen, an Anziehungskraft gewonnen hat. Die Gemeinschaft hat mit dem Abkommen von Lome ihre Beziehungen zu 46 Ländern der Dritten Welt in vorbildlicher Weise geregelt. Sie hat in der Mittelmeerpolitik weitere Fortschritte erzielt und im Hinblick auf Portugal gezeigt, daß sie zu schneller und unbürokratischer Hilfe in der Lage ist. Trotz aller internen Schwierigkeiten ist es ihr gelungen, ihre Außenbeziehungen erfolgreich weiterzuentwickeln und Ansätze eines kohärenten außenpolitischen Konzepts der Gemeinschaft zu schaffen.

Europa wird immer stärker zum Gesprächspartner im weltweiten Dialog mit den Entwicklungs- und Rohstoffländern. Es beginnt, in die weltweite Verantwortung hineinzuwachsen, die ihm sein wirtschaftliches und politisches Gewicht zuweist. Die meines Erachtens – trotz aller Schwierigkeiten – immer noch für 1978 erreichbaren, ersten europäischen Direktwahlen zum Europäischen Parlament eröffnen die Perspektive für eine von allen demokratischen Kräften in der Gemeinschaft direkt mitgetragene europäische Politik. Wir werden nicht müde werden, an der Erreichung dieses Zieles zu arbeiten. Auf meinen Vorschlag werden sich die Außenminister in einer Woche erneut mit diesem Thema befassen. Alle Regierungen sollten sich der Bedeutung bewußt sein, die die Abhaltung der ersten europäischen Wahlen für einen neuen Impuls in der europäischen Politik haben werden.

Die europäische Politik ist ganz gewiß schwieriger geworden, und der weiteren Integration stellen sich heute große Schwierigkeiten entgegen. Doch die schärfste Phase der Rezession liegt hinter uns, und am konjunkturellen Himmel zeigt sich deutlich der Silberstreifen des Aufschwungs. Noch behindern wachsende Disparitäten im wirtschaftlichen und sozialen Bereich die notwendige Konvergenz der Wirtschafts-, Währungs- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten.

Die Bundesrepublik ist den steinigten Weg der Stabilitätspolitik gegangen. Diese Politik und die Belebungsmaßnahmen der letzten 18 Monate zeigen jetzt erste Erfolge. Es gilt nun, den sich abzeichnenden Aufschwung in der Bundesrepublik zu nutzen für einen gemeinsamen Aufschwung in Stabilität. Wir alle in der Gemeinschaft müssen erkennen, daß ein erneutes Aufleben der Inflation das Vertrauen in den Aufschwung erschüttern und neue Verteilungskämpfe die Investitionsneigung wieder dämpfen könnten. Auch in anderen Mitgliedstaaten zeigen sich erfreuliche Ansätze zu stabilitätsbewußter Politik – ich denke dabei z. B. an den in diesen Tagen

zwischen der britischen Regierung und den Gewerkschaften zustande gekommenen Lohnpakt.

Meine Damen und Herren, unsere vordringlichste Aufgabe in Europa ist heute, den Konjunkturaufschwung in eine Phase maßvollen und inflationsarmen Wachstums überzuleiten. Höhere Produktivität und steigende Investitionsbereitschaft in der gesamten Gemeinschaft sind dazu unabdingbare Voraussetzungen. Unser Appell an die wirtschafts- und währungspolitische Disziplin in der Gemeinschaft soll dabei nicht unsere Bereitschaft zu solidarischen Verhalten verdecken. Diese Bereitschaft zur Solidarität haben wir erst kürzlich in der großen Gemeinschaftsanleihe unter Beweis gestellt. Als das Land mit der größten Wirtschaftskraft schulden wir der Gemeinschaft diese Solidarität. Sie ist aber auch – das möchte ich hier ganz deutlich sagen – in unserem eigenen Interesse geboten, um die Gemeinschaft, die unseren Wohlstand sichert, funktionstüchtig zu erhalten. Investitionen in Europa sind Investitionen in unsere Zukunft. Europapolitik ist Zukunftssicherung!

IV.

Meine Damen und Herren, im Verhältnis zu Osteuropa setzen wir konsequent und in Übereinstimmung mit unseren Partnern und Verbündeten unsere realistische Politik der Entspannung und des Ausgleichs fort. Sie gründet sich auf ein handlungsfähiges westliches Bündnis und auf unsere Einbettung in die Europäische Gemeinschaft. Als ein Volk, das in zwei Staaten zu leben gezwungen ist, haben wir ein besonderes Interesse, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt werden kann. Denn nur unter den Voraussetzungen der Entspannung können wir auf Fortschritte im Interesse der Menschen hoffen. Nur unter den Voraussetzungen der Entspannung wird es möglich sein, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk seine Selbstbestimmung ausüben kann.

Dieses Ziel werden wir nicht aufgeben. Und ich denke, es wird niemanden wundern, daß wir die Haltung anderer Länder auch danach beurteilen, wie sie sich zu dem Willen unseres Volkes nach nationaler Einheit stellen. Das gleiche gilt für die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächte-Abkommens für Berlin. Wir wollen nicht mehr, aber auch nicht weniger. Berlin ist und bleibt für uns ein Prüfstein der Entspannung. Der Versuch der restriktiven Auslegung des Viermächte-Abkommens für Berlin verträgt sich mit dem Geist der Entspannung ebensowenig wie die Polemik gegen die Bindungen Berlins zum Bund und die durch das Viermächte-Abkommen ausdrücklich eröffnete Entwicklung. Eine realistische Entspannungspolitik ist heute die einzige vertretbare Konzeption der Interessenwahrung im Ost-West-Gegensatz. Entspannung ist also, wie jede Politik, ein Prozeß, dessen Entwicklungschancen für die Zukunft nüchtern und mit Geduld ohne Euphorie, aber auch ohne Kleinmut abzuschätzen sind, sie ist aber auch ein Prozeß, der aktiv betrieben werden muß, soll er die gewünschten Ergebnisse bringen.

Dies gilt insbesondere für die Verwirklichung der Absichtserklärungen von Helsinki. Eine aussagekräftige Bilanz wird ab Mitte nächsten Jahres in Belgrad unter den 35 Teilnehmern gemeinsam zu ziehen sein. Die vor der Unterzeichnung der Schlußdokumente von Helsinki geäußerte Auffassung der Bundesregierung, Helsinki bedeute eine Chance – nicht mehr, aber auch nicht weniger –, erweist sich in ihrer Nüchternheit als richtig. Die Demokratien unter den Unterzeichnerstaaten brauchen sich nicht umzustellen, um vor allem die Dokumente im humanitären und im Informationsbereich zu erfüllen. Die kommunistischen Staaten dagegen zeigen in ihrem ganzen Verhalten, wie gerade diese Konferenzergebnisse ihrem eigenen Selbstverständnis zuwiderlaufen. Aber gerade in diesen Fragen wird die Bereitschaft der osteuropäischen Staaten zur Verwirklichung der Konferenzergebnisse bewertet werden. Denn Entspannung darf nicht nur in Reden bestehen, sondern sie muß greifbare Ergebnisse für die Menschen zeigen.

Eine ähnlich nüchterne Haltung empfiehlt sich gegenüber den Verhandlungen über beiderseitige ausgewogene Tuppenverminderungen in Mitteleuropa (MBFR). Hier geht es darum, mehr Sicherheit in Mitteleuropa zu schaffen, indem die zahlenmäßige konventionelle Überlegenheit der östlichen Seite abgebaut wird. Das heißt, die Disparität zugunsten des Ostens soll durch zahlenmäßige Parität ersetzt werden. Dieses prinzipielle westliche Verhandlungsziel ist für uns und unsere Verbündeten

unabdingbar. Die Haltung der Sowjetunion zu diesem ebenso realistischen wie den Interessen beider Seiten gerecht werdenden Konzept ist nicht nur für den Erfolg dieser Verhandlungen wichtig, sie wird auch Auskunft darüber geben, inwieweit die Sowjetunion bereit ist, an Bemühungen um die Sicherheit von Europa aktiv teilzunehmen.

Meine Damen und Herren, gerade in der für uns so lebenswichtigen Frage der Ost-West-Politik und der innerdeutschen Beziehungen bewährt sich unsere Partnerschaft mit unseren Freunden und Verbündeten, insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Sie tragen Verantwortung in Berlin, und ihre Teilnahme an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hat nicht nur das amerikanische Europaengagement bekräftigt, sondern auch die Anerkennung der amerikanischen Verantwortung für Europa durch alle Unterzeichnerstaaten – also auch die Staaten des Warschauer Pakts einschließlich der Sowjetunion gebracht.

V.

Meine Damen und Herren, neben die Ost-West-Politik tritt in wachsendem Maße die Nord-Süd-Politik auch als Feld der europäisch-amerikanischen Partnerschaft. Wir müssen uns darauf einstellen, daß uns die Lösung der Probleme zwischen Nord und Süd, zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern, für den Rest dieses Jahrhunderts mindestens in gleichem Maße beschäftigen wird wie die Ost-West-Politik. Dafür spricht schon die Größe der Herausforderung an die Industrieländer, hinter der zwei Drittel der Menschheit stehen.

Der Nord-Süd-Konflikt stellt sich der Dritten Welt dar als Kampf um politische Selbstbestimmung und um wirtschaftliche Unabhängigkeit – als ein Kampf um die eigene Würde. Die Alternative dort heißt Konflikt oder Ausgleich der Interessen. Wir haben uns für den gerechten Ausgleich der Interessen entschieden. Nur so werden beide Seiten wirtschaftliche Vorteile gewinnen. Denn natürlich haben auch wir Interessen, die es wahrzunehmen gilt: eine sichere, gleichmäßige Versorgung mit Rohstoffen und Energie, wachsende Absatzmärkte für die Produkte unserer Industrie, eine funktionierende, d.h. an den marktwirtschaftlichen Gesetzen orientierte weltwirtschaftliche Ordnung. Wir brauchen diese Ordnung, denn wir sind in besonderer Weise abhängig von einem florierenden Außenhandel.

Auf der 7. Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1975 kam es zu Zeichen und Beweisen der Verständigungsbereitschaft auf beiden Seiten. Die Pariser „Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ konnte in diesem Geist vor drei Monaten ihre Arbeit beginnen. Vor der 7. Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen im September vorigen Jahres habe ich unsere Positionen vorgetragen. Ich nenne nur Stichworte:

Weitere Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Produkte der Entwicklungsländer, Stabilisierung der Exporterlöse aus Rohstoffen und Ausgleich übermäßiger Preisschwankungen bei Rohstoffen, dadurch kontinuierlichere Rohstoffversorgung, raschere Industrialisierung der Entwicklungsländer durch industrielle und technische Kooperation, leichter Technologietransfer und gesteigerter Kapitaltransfer in die Entwicklungsländer, Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern, Neuordnung des Weltwährungssystems.

Die Europäischen Gemeinschaften haben ein Beispiel ihres Verantwortungsbewußtseins gegenüber der Dritten Welt gegeben: Das Abkommen von Lomé zwischen der Europäischen Gemeinschaft und 46 Entwicklungsländern vor allem aus Afrika enthält unter anderem eine wegweisende Vereinbarung über die Stabilisierung der Erlöse aus Rohstoffexporten und eine weitgehende Öffnung unserer Märkte für die Produkte der 46; der Weltwährungsfonds hat durch seine Beschlüsse von Jamaika wichtige Bausteine für eine Fortentwicklung des Weltwährungssystems geschaffen. Wir werden unsere realistische Politik weiter verfolgen. Allerdings muß nun auch die Europäische Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Linie finden, vor allem in den Rohstoff- und Energiefragen, um sie mit den anderen Industrieländern abstimmen und auf der Pariser Konferenz gemeinsam vertreten zu können.

Gelegenheit zu einer Bewährungsprobe hierfür gibt die 4. Welthandels und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die vorgestern in Nairobi eröffnet worden ist. Auf ihr werden die Rohstoffproblematik und die Frage der zunehmenden

Verschuldung der Entwicklungsländer im Mittelpunkt stehen. Der gestern von Außenminister Kissinger gemachte Vorschlag einer Internationalen Rohstoffentwicklungsbank kann unserer aufmerksamen Prüfung sicher sein. Wir sind aufgeschlossen gegenüber dem legitimen Anspruch der Dritten Welt auf unvoreingenommene Befassung mit ihren Problemen und sind bereit, sie bei ihren eigenen Anstrengungen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben, zu unterstützen.

Täuschen wir uns jedoch nicht: die Kompliziertheit, das Ausmaß, die Dringlichkeit des Entwicklungsproblems erlauben uns nicht, in unseren Bemühungen auch nur einen Tag nachzulassen, mögen unsere eigenen Probleme noch so groß sein. Andererseits bleibt die Notwendigkeit, die Grundlagen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unseres Landes zu erhalten und auszubauen. Wie hätte die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren ihren von der Welt anerkannten beträchtlichen finanziellen Beitrag zur Entwicklungshilfe leisten können, wenn nicht die auf einem gesunden sozialen Fundament stehende, leistungsorientierte Wirtschaft ihr die Mittel dazu in die Hand gegeben hätte?

Die Einführung einer auf dirigistischen Grundlagen beruhenden, „eine Indexierung der Rohstoffpreise umfassenden neuen Weltwirtschaftsordnung“ würde diese Leistungsfähigkeit zerstören und den weltwirtschaftlichen Austausch lähmen. Sie würde damit letztlich den Entwicklungsländern mehr Schaden als Vorteile bringen. Die Bundesregierung ist entschlossen, auch in Nairobi äußerste Anstrengungen zu unternehmen, nach ihren Möglichkeiten und zusammen mit den westlichen Partnern Fortschritte bei den akuten Entwicklungsproblemen zu erreichen. Dabei wird es darauf ankommen – und das hat heute auch der Bundeswirtschaftsminister in seiner Rede vor der UNCTAD erklärt –, die bestehende, auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhende Weltwirtschaftsordnung in realistischer Weise weiterzuentwickeln. Es kann nicht um die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gehen, sondern um Integration der Staaten der Dritten Welt in die bestehende und fortzuentwickelnde Ordnung. Auch hier ist eine statische Betrachtungsweise nicht unser Konzept. Vielmehr sind wir entschlossen, zukunftsorientierte Lösungen im Interesse aller zu suchen. Es ist zu hoffen, daß auch in dieser Phase der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung sich der Gedanke der Kooperation und des Ausgleichs schließlich durchsetzen wird.

Ebenso dringlich ist eine solche Abstimmung der westlichen Politik für die Fragen, die auf der Internationalen Seerechtskonferenz behandelt werden. Sie wissen, worum es geht: Gegenstand der Konferenz sind die Verbreiterung der nationalen Küstengewässer auf 12 Seemeilen, die Nutzung einer Wirtschaftszone bis zum Küstenabstand von 200 Seemeilen, die Rechte am Festlandssockel und die Regeln über die wirtschaftliche Nutzung des Tiefseebodens. Die Bedeutung der uns damit entstehenden Probleme braucht in dieser dem Meer verbundenen Stadt nicht unterstrichen zu werden. Es ist offenkundig, daß die Themen der Konferenz unsere wirtschaftlichen Interessen auf das unmittelbarste berühren. Es geht um unsere Schifffahrt und Fischerei, um die angemessene Beteiligung an der wirtschaftlichen Nutzung des Meeresbodens und unsere Rolle in der Meeresforschung. Wir müssen nicht nur unserer Wirtschaft Rohstoffe zuführen, die aus dem Meer gefördert werden können. Auch an dem sich entwickelnden neuen Bereich der Großtechnologie zum Zwecke dieser Förderung gilt es, unserer Industrie einen angemessenen Anteil zu sichern.

Von diesen Interessen ausgehend läßt sich unsere Verhandlungsposition im Großen wie folgt umreißen: Bei der Ausbeutung der Bodenschätze auf dem Tiefseeboden suchen wir privaten und staatlichen Unternehmen aus aller Welt die Möglichkeit eigener Betätigung einschließlich der Verhüttung und Vermarktung geförderter Mineralien zu erhalten. Die neu entstehende internationale Meeresbodenbehörde darf keine Monopolstellung haben. Die Freiheit der Schifffahrt muß weitestgehend erhalten bleiben. Diejenigen internationalen Wasserstraßen, die in Zukunft Teil der verbreiterten nationalen Küstengewässer sein werden – denken Sie an Gibraltar, den Ärmelkanal, die Straße von Malakka –, müssen für alle Schiffe offen bleiben. Die den Küstenländern in den Wirtschaftszonen zuwachsenden Überwachungsrechte – etwa zur Verschmutzungskontrolle – suchen wir an international vereinbarte Normen zu binden. Die traditionelle Fernfischerei muß in angemessenem Umfang berücksichtigt werden.

Die Meeresforschung in der Wirtschaftszone muß auch anderen als den Küstenstaaten offenstehen, sofern sie nicht ressourcenbezogen, d.h. nicht auf Ausbeutung abgestellt ist. Wir wissen, daß unsere geographische Lage mit kurzen Küsten und ohne unmittelbaren Zugang zu den großen Weltmeeren die Befriedigung unserer Interessen erschwert. Wir wissen, daß wir es mit einer Konferenz von 150 Staaten zu tun haben, deren Mehrheit – aus durchaus verschiedenen Motiven – sich an anderen Interessen orientiert. Das wird uns nicht daran hindern, mit großer Festigkeit unsere Interessen zu vertreten, denn das Ergebnis dieser Konferenz wird entscheidenden Einfluß auf unsere künftigen wirtschaftlichen Möglichkeiten haben. Wir sind uns in unserem Bemühen, unsere Förderungen durchzusetzen, des weitgehenden Verständnisses unserer Freunde sicher. Dies verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als fast alle unsere Freunde und Verbündeten in höherem Maße geographisch begünstigt sind als wir. Wegen der Wichtigkeit der anstehenden Probleme sind wir auch der Auffassung, daß kein Land dem Ergebnis der Seerechtskonferenz durch einseitige Maßnahmen vorgreifen sollte und daß dort, wo bereits jetzt ein unbedingtes Regelungsbedürfnis besteht, spezielle Fragen durch Abmachungen zwischen den interessierten Staaten für die Übergangszeit gelöst werden sollten.

VI.

Meine Damen und Herren,

John F. Kennedy gab in seiner großartigen Rede zum Amtsantritt im Januar 1961 das Versprechen, jeden Preis zu zahlen, jede Last zu tragen, jede Mühsal in Kauf zu nehmen, jedem Freund beizustehen und jedem Feind entgegenzutreten, um die Fortdauer und den Sieg der Freiheit zu sichern. Zugleich forderte er von seinen Mitmenschen in aller Welt: „Fragt nicht, was Amerika für Euch tun wird, sondern was wir gemeinsam für die Sache der menschlichen Freiheit tun können.“ Seither ist eine lange und doch kurze Zeit vergangen; die Aufforderung an die Völker beiderseits des Atlantik ist geblieben, gemeinsam als Partner ihre Verantwortung für Freiheit und Frieden in der Welt zu übernehmen.

Unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und unsere politische Stabilität haben unser Gewicht in der Weltpolitik erhöht, damit sind auch die Erwartungen, die in uns gesetzt werden, gewachsen. Wir zögern nicht, die sich daraus ergebende Verantwortung zu übernehmen. Wir wissen, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr nur im Windschatten des großen Verbündeten segeln kann, sondern im Verbund der Freunde und Partner einen von ihr mitverantworteten Kurs fahren muß. Wir sollten uns dabei vor Minderwertigkeitskomplexen ebenso hüten wie vor Überheblichkeit. Wir sind kein Zwerg mehr, aber auch ganz gewiß kein Riese. Unsere Solidarität mit unseren Partnern ist die Garantie ihrer Verbundenheit mit uns. Das Vertrauen und die Freundschaft unserer Partner in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO ist die kostbare Frucht der Politik der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen. Es gilt, sie zu pflegen und auszubauen.

Unsere amerikanischen Freunde sagen wir: Ihr könnt euch auf uns als gute Partner verlassen.

